



24. Januar 2022

Pressemitteilung

Schnelle Datenerhebung für effektives Pandemiemanagement: Bund muss Investitionen in Digitalisierung mitfinanzieren

Der Expertenrat der Bundesregierung zu COVID-19 hat in seiner Stellungnahme vom Wochenende auf die Dringlichkeit einer zeitnahen Datenerfassung und Datenverfügbarkeit hingewiesen. Gerade durch die sich rasant ausbreitende Omikron-Variante wäre es notwendig, tagesaktuell die Hospitalisierungsrate in allen Altersgruppen und damit die täglich verfügbaren und belegten Krankenhausbetten zu erheben. Heute befasst sich die Konferenz des Bundeskanzlers mit den Regierungschef:innen der Länder mit den Vorschlägen des Expertenrats. Die Deutsche Hochschulmedizin fordert die Verantwortlichen in Bund und Ländern ebenfalls dazu auf, so schnell wie möglich eine aktuelle Datenerhebung sowie die Verknüpfung von epidemiologischen und klinischen Daten und deren wissenschaftliche Auswertung für ein besseres Pandemiemanagement zu ermöglichen.

„Wir brauchen jetzt dringend ein Maßnahmenpaket, das die Digitalisierung des Gesundheitswesens vorantreibt. Sofort benötigen wir aktuelle Daten über die Belegung und zu Ressourcen um die Lage in den Krankenhäusern beurteilen zu können. Sehr schnell muss dann die elektronische Patientenakte zeitnah und vollständig Gesundheitsdaten übermitteln, die auch für die wissenschaftliche Auswertung zugänglich sind und überall eingesetzt werden können. Das ist wichtig, um diese Pandemie in den Griff zu bekommen, aber auch für zukünftige Krisensituationen und generell für ein effektives Gesundheitswesen“, sagt Professor Jens Scholz, 1. Vorsitzender des Verbands der Universitätsklinika Deutschlands e.V. (VUD).

Der Expertenrat empfiehlt eine umfassende Nutzung der elektronischen Patientenakte (ePA), so wie es in dem Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (SVR) empfohlen wurde. Bisher wird die ePA nur von sehr wenigen Patientinnen und Patienten genutzt, obwohl die Krankenkassen ihren Versicherten seit 2021 eine ePA anbieten müssen.

„In anderen Ländern, wie z.B. in Dänemark oder Israel, hat eine Datenerhebung in Echtzeit und bezogen auf einzelne Patientinnen und Patienten bereits zu einem effizienteren Pandemiemanagement beigetragen. Um die Daten aus den elektronischen Patientenakten in Deutschland zukünftig besser für die Versorgung und Forschung nutzbar zu machen, sollte das vom SVR angeregte „Opt-out-Modell“ umgesetzt werden. Damit erhält jeder Mensch ab Geburt eine ePA, die automatisch in der Versorgung genutzt wird und nur auf Wunsch deaktiviert werden kann. Die Koalition hat das opt-out im Koalitionsvertrag

vereinbart und sollte dies nun zügig umsetzen“, erklärt Professor Matthias Frosch, Präsident des Medizinischen Fakultätentags (MFT).

Um schnelle Erfolge bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens und insbesondere im Krankenhausbereich zu erreichen, wird die seit Jahren unzureichende Investitionsfinanzierung durch die Länder nicht ausreichen. Der Bund muss sich hier dauerhaft einbringen, um wichtige Investitionen zur Digitalisierung der Gesundheitsversorgung zu gewährleisten. Dies wäre ein wichtiger Impuls, um das Gesundheitswesen und die Krankenhauslandschaft in Deutschland nachhaltig zu verändern.

Kontakt: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Deutsche Hochschulmedizin e.V.

Stephanie Strehl-Dohmen

Christiane Weidenfeld

Alt-Moabit 96, 10559 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 3940517-25

E-Mail: strehl-dohmen@uniklinika.de

weidenfeld@mft-online.de

www.deutsche-hochschulmedizin.de